

Datum:	02. August 2011
Medium:	Kleine Zeitung
Thema:	Opposition strikt gegen Mitzahlen bei Pflege

## 18 | STEIERMARK

# Opposition strikt gegen Mitzahlen bei der Pflege

Landesregierung beschloss Angehörigenregress mit Sozialstaffel und Übergangsfrist.

**GRAZ.** In einer Sondersitzung hat die Landesregierung gestern das Prinzip wieder eingeführt, dass für Personen in Pflegeheimen, die die Kosten nicht selbst tragen können, von den Angehörigen im Regress ein Beitrag eingefordert wird. Wie ausführlich berichtet, sind Personen bis zu einem Nettoeinkommen von 1500 Euro im Monat ausgenommen. Ab dieser Grenze zahlen Kinder von Pflegepatienten vier bis zehn Prozent ihres Einkommens, Ehe- und Lebenspartner neun bis 15 Prozent. Für Personen, die ab jetzt in ein Heim kommen, entsteht die Mitzahlpflicht der Angehörigen sofort, für jene, die schon vor gestern in stationärer Pflege waren, beginnt diese Art der Kostenbe-

teiligung ab Anfang des kommenden Jahres.

Während SPÖ und ÖVP zu dieser Regelung stehen, hagelt es Kritik von allen anderen Parteien und vom ÖGB. Für die FPÖ rückte Strache-Vize Norbert Hofer aus, um gegen diese „Bestrafung“ von Menschen mit Kindern zu protestieren. Karl Öllinger von den Grünen sprach von einer „Taschziehermethode“, sagte aber nicht, wie Gratis-Pflegeheime für alle zu finanzieren seien. Gerald Grosz (BZÖ) plädierte für eine generelle Pflegeversicherung als alternative Finanzierung. Die KPÖ empfindet den Pflegeregress als Sozialabbau und trotz sozialer Staffelung als ungerecht.